

I. Anmeldung

TOP: 1

Gesundheitsausschuss
Sitzungsdatum 07.12.2017
öffentlich

Betreff:

Bündnis für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Nürnberg
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.06.2016

Anlagen:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.06.2016
 Sachverhaltsdarstellung
 Diversity-Check

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

2017 fanden vier Treffen des Bündnisses statt. Als langfristige Ziele wurden formuliert: Bedarfe in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen eruieren, Lösungsmöglichkeiten suchen, Kooperationen/Vernetzung verbessern, Öffentlichkeits-/Antistigmaarbeit (siehe Sachverhaltsdarstellung). Herr Prof. Dr. Braun-Scharm, Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Psychotherapie des Klinikums Nürnberg, steht in der Sitzung für weitere Informationen und Nachfragen zur Verfügung.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
siehe Diversity-Check in der Anlage

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 Kh
 Ref.V
 3. BM

II. Herrn OBM

III. Ref. III

Nürnberg, 09.11.2017
Dr. Peter Pluschke

(5900)